

MEDIENMITTEILUNG vom 9. Mai 2023
des Komitees NEIN zum Personalreglement

Personalreglement der Stadt Bern: Privilegien für wenige auf Kosten von uns allen

Am 18. Juni 2023 stimmt die Stadtberner Stimmbevölkerung über das neue Personalreglement ab. Die städtischen Mitarbeitenden haben bereits heute sehr gute Anstellungsbedingungen, welche mit Steuergeldern der Berner Bevölkerung finanziert werden. So gibt es zum Beispiel schon heute 5-1/2 Wochen Ferien, hohe Sozialleistungen seitens Arbeitgeber, eine 40-Stundenwoche und vieles mehr. Deshalb lehnt ein breites überparteiliches Komitee die Reglementsrevision ab und ruft dazu auf, am 18. Juni ein "Nein" in die Urne zu werfen.

"Warum können alle städtischen Angestellten auf Kosten der Bevölkerung bereits mit 63 in Pension gehen? Dies ist eine Privilegierung von wenigen auf Kosten von vielen", sagt Sibyl Eigenmann von der Mitte Partei. Zu dieser Ungleichbehandlung sollen im neuen Personalreglement noch viele weitere hinzukommen, weshalb eine breite Allianz aus GLP, Die Mitte, EVP, FDP und SVP das Referendum gegen das teilrevidierte Reglement ergriffen hat. "Wenn am 18. Juni 2023 ein 'Nein' in die Urne geworfen wird, wird dem Personal nichts weggenommen", betont Claude Grosjean von der GLP. "Es wird jedoch verhindert, dass mit dem neuen Personalreglement ein noch grösseres Ungleichgewicht gegenüber jenen Personen entsteht, die eben gerade nicht von diesen Vorteilsleistungen profitieren können."

"Die Angestellten der Stadt Bern haben bereits einen sicheren Job, die besten Sozialleistungen und gute Bedingungen, wie eine 40-Stunden-Woche oder 5-1/2 Wochen Ferien. Das neue Personalreglement ist ein Diktat der Gewerkschaften. Es wurde vom rot-grün dominierten Stadtrat zu viel hineingepackt", ist Tom Berger von der FDP überzeugt. Er findet zum Beispiel eine neue Regelung bezüglich Vaterschaftsurlaub wichtig, aber: "Es muss auch da eine nationale Lösung forciert werden, ansonsten wird sie über die Kasse der Stadt Bern bezahlt und nicht über die EO. Das kann sich Bern einfach nicht leisten und wäre erneut eine Privilegierung weniger auf Kosten von uns allen."

Ziel der Überarbeitung des Personalreglements war eine Entlastung der Stadtkasse um eine Million Franken. Nachträglich wurde vom Stadtrat nach Gutdünken weitere Goodies in die Vorlage gepackt, sodass es nun richtig teuer wird. "Die Berner Finanzlage ist sowieso schon angespannt", appelliert Alexander Feuz von der SVP. "Warum sollen wir alle einen automatischen Teuerungsausgleich bezahlen müssen, auch in Jahren, in denen wir uns das nicht leisten können?" Therese Streit von der EVP betont weiter, dass gute Anstellungsbedingungen wichtig sind. "Wäre es beim Teuerungsausgleich bei der Variante des Gemeinderates geblieben und hätte der Stadtrat die Vorlage nicht überladen, wäre es nicht zu einem Referendum gekommen", so Streit. Die Parteien GLP, Die Mitte, EVP, FDP und SVP haben deshalb das Referendum ergriffen und hoffen, dass dieses misslungene und unausgewogene Personalreglement am 18. Juni 2023 vom Berner Stimmvolk abgelehnt wird.

Für Medienauskünfte stehen zur Verfügung:

- Claude Grosjean, GLP: +41 79 652 80 20, info@claudegrosjean.ch
- Sibyl Eigenmann, Die Mitte, +41 79 795 50 41, sibyl.eigenmann@bluemail.ch
- Therese Streit, EVP, +41 77 428 98 77, therese.streit@evp-bern.ch
- Tom Berger, FDP, +41 79 769 53 36, tom.c.berger@gmail.com
- Alexander Feuz, SVP, +41 79 356 22 45, alexander.feuz@bluwin.ch

PRIVILEGIEN FÜR WENIGE AUF KOSTEN VON UNS ALLEN.



18. Juni 2023

NEIN ZUM UNAUSGEWOGENEN
PERSONALREGLEMENT



personalreglement-nein.ch